



Nr. 18

8. Mai 2014

## Inhalt

[Gespräch mit Bundesministerin Schwesig:](#)  
[Bundesverwaltung braucht Zielvorgaben zur Frauenförderung+++](#)  
[Für Freihandel, gegen das Schleifen von Standards+++](#)  
[Besoldung und Versorgung: Beamte verdienen Teilhabe+++](#)  
[eGovernment-Kongress der dbb akademie – „Verwaltung im Zusammenspiel“ +++](#)  
[dbb zur Rentenreform: Mütterrente für alle Mütter+++](#)  
[Streikverbot für Beamte bestätigt - dbb begrüßt gerichtliche Klarstellung+++](#)  
[dbb und Marburger Bund gegen gesetzliche Zwangstarifeinheit - Protest-Performance vor dem Kanzleramt+++](#)  
[Gesetzentwurf zu Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassung vorgelegt – dbb begrüßt zeit- und wirkungsgleiche Übertragung+++](#)  
[dbb bundessenorenvertretung: Bei Rentenreform Schwerbehinderte berücksichtigen+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Gewerkschaftstag 2014 des dbb rheinland-pfalz bestätigt](#)  
[Lilli Lenz im Amt+++](#)  
[dbb berlin: Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung nachbessern+++](#)  
[dbb m-v: Innenminister muss Wort halten+++](#)  
[DSTG-Bundeshauptvorstand stellt Weichen für die Zukunft+++](#)  
[DPoIG zu „Alcolocks“: Wirksame Maßnahme+++](#)  
[Stillstand bei der Rostocker Straßenbahn AG+++](#)  
[Manifest „Schulen brauchen Unterstützung statt Testeritis“ vorgelegt+++](#)  
[Lehrer - Forum MINT gegründet+++](#)

## Namen und Nachrichten+++

aktuell

## Gespräch mit Bundesministerin Schwesig: Bundesverwaltung braucht Zielvorgaben zur Frauenförderung

**(dbb) „Um Defizite in der grundgesetzlich verankerten Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die es leider nach wie vor auch im öffentlichen Dienst gibt, auszuräumen, braucht es verbindliche Zielvorgaben zur Frauenförderung. Eine moderne Bundesverwaltung kann es sich einfach nicht leisten, das große Potenzial von Frauen nur so ungenügend auszuschöpfen wie bislang.“ Das sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler in einem Spitzengespräch mit Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, am 8. Mai 2014 in Berlin.**

„Dem dbb als gewerkschaftlichem Dachverband geht es dabei primär um eine Förderung der Frauen durch nachhaltige Personalpolitik. Dazu müssen aus unserer Sicht gezielte Mentoring- und Coaching-Angebote und gute Wiedereinstiegsprogramme nach der Familienphase ebenso gehören wie eine verbesserte Teilzeitkultur einschließlich der Möglichkeiten von Teilzeit auch in Führungspositionen“, so Eigenthaler. Darüber hinaus fordere der dbb seit Langem verbesserte Möglichkeiten der Telearbeit und mehr Angebote zur Stressbewältigung bei der Doppelbelastung durch Beruf und Familie. „Zudem sind die Dienstherren in der Pflicht, Gesundheitsförderung nicht nur als Schlagwort, sondern als Aufforderung zum praktischen Handeln im Interesse ihrer Beschäftigten zu verstehen“, machte Eigenthaler deutlich.

Auch die dbb bundesfrauenvertretung hatte sich im Gespräch mit der Bundesfamilienministerin positiv zu deren Plänen geäußert, den Frauenanteil an Führungspositionen im öffentlichen Bereich per Gesetz zu regeln. Darüber hinaus würden die im aktuellen Gesetzentwurf zum Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz vorgesehene Flexibilisierung der Elternzeit und die Ausweitung der Elterngeldmonate die Situ-

ation von berufstätigen Müttern verbessern, sagte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer. „Sie erhalten mehr Freiheiten bei der Gestaltung von Erziehungszeiten und können sich individueller auf die jeweilige Situation einstellen – unabhängig von der Zustimmung des Arbeitgebers.“

Dennoch gehe der Gesetzentwurf an einigen Stellen an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbei. „Zum einen ist nicht nachvollziehbar, warum Eltern nicht die Möglichkeit eröffnet wird, während der gesamten Elternzeit das Elterngeld zu beziehen. Zum anderen widerspricht der vorgesehene Arbeitszeitkorridor von 25 bis 30 Wochenstunden, die während der Partnerschaftsmonate zulässig sind, den Wünschen der meisten Eltern. Realistischer wären 20 bis 30 Stunden“, gab Wildfeuer zu bedenken und forderte entsprechende Nachbesserungen. Bedauerlich sei auch, dass auf eine Erweiterung der Partnerschaftsmonate verzichtet wurde. Wildfeuer: „Bleibt es bei der bisherigen Regelung, wird es für Väter weiterhin schwer sein, ihren Anspruch auf mehr als zwei Monate Elternzeit gegenüber ihren Vorgesetzten durchzusetzen.“  
(01/18/14)

## Für Freihandel, gegen das Schleifen von Standards

**(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der komba gewerkschaft, Ulrich Silberbach, ist besorgt über die Diskussion um das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). In der öffentlichen Debatte seien wirkliche Probleme kaum von bloßen Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen zu unterscheiden. „Das muss sich dringend ändern. Das geht nur, wenn die Verhandlungen aus den Hinterzimmern der Diplomatie auf die parlamentarische Bühne geholt und die Bürgerinnen und Bürger sachgerecht informiert werden. Zudem müssen die Sozialpartner einbezogen werden“, mahnte Silberbach am 7. Mai 2014. Ein reelles Problem sieht er im Investorenschutz. Dieser könne negative Folgen für Arbeitnehmerrechte, aber auch für öffentliche Dienstleistungen haben.**

„Die öffentliche Debatte ist sehr aufgeregt. Das wäre vermutlich anders, wenn die Regierungen

sich um mehr Transparenz kümmern würden“, so der dbb Vize. Silberbach hält manche Kritik

an dem Freihandelsabkommen für überzogen. „Da bricht hier und da antiamerikanisches Resentiment durch. Für Einige scheint der Kampf gegen TTIP auch sinnstiftend zu sein. Da werden zum Teil irrationale Ängste hinein projiziert.“ Die vielzitierten Chlorhähnchen seien nicht das eigentliche Problem.

Aber auch Silberbach sieht einzelne Teile von TTIP äußerst kritisch. „Es spricht viel gegen einzelne Bestandteile dessen, was da gegenwärtig verhandelt wird. Nur muss die Ausei-

nersetzung darüber sachlich geführt werden.“ Er kritisiert vor allem den geplanten Investorenschutz (ISDS). „Wir haben klare rechtliche Verhältnisse und unabhängige Gerichte in der Europäischen Union und den USA. Wozu braucht es da besondere Klagerechte für die Wirtschaft?“ Silberbach lehnt das ISDS ab. „Wenn die Unternehmen Staaten verklagen können, um Sozial- oder Umweltstandards zu durchbrechen, dann ist das eine ganz schlechte Idee.“  
(02/18/14)

## Besoldung und Versorgung: Beamte verdienen Teilhabe

**(dbb) Die Entwicklung der Besoldung und Versorgung muss Beamtinnen und Beamte an den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen teilhaben lassen. Darauf hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 6. Mai 2014 auf dem Gewerkschaftstag des dbb Rheinland-pfalz in Mainz hingewiesen. In mehreren Bundesländern sei dieses Prinzip der Teilhabe allerdings in den vergangenen Jahren missachtet worden.**

„Um andere Haushaltslücken zu schließen, zaudert die Politik nicht, auf Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds zuzugreifen – obwohl diese auch durch die Beamtenschaft finanziert werden“, sagte Dauderstädt. „Die Landtage in Kiel und Hannover waren so frei, anderswo werden die Einlagen langsamer aufgefüllt oder vorzeitig entleert. Das wollen wir ändern und diskutieren über die Errichtung eines bundesweiten Beamtenversorgungswerks, das alle Rücklagen unter Aufsicht der Bundesbank bündelt und dem Zugriff einzelner Körperschaften entzieht.“

Mit Blick auf die geplante Rentenreform der Bundesregierung wies der dbb Chef darauf hin, dass in der Vergangenheit alle Verschlechterungen in der Rente wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen wurden. „Jetzt gibt es bei Mütterrente und abschlagsfreiem Zugang ab 63 einmal eine Verbesserung, und schon werden wir der Unverschämtheit bezichtigt, weil wir auch dabei Gleichbehandlung erwarten“, erklärte Dauderstädt.

Die unzureichende Besoldungsentwicklung in vielen Ländern sei ebenfalls scharf zu kritisieren, so der dbb Bundesvorsitzende weiter. Die gängige Praxis, die entsprechenden Tarifabschlüsse aus dem Arbeitnehmerbereich auf die Beamtenschaft zu übertragen, werde zunehmend aufgeweicht. „Diese Fehlentwicklung muss schnell revidiert werden“, mahnte Dauderstädt. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig habe jüngst darauf hingewiesen, dass es verfassungswidrig sei, die Beamtenbesoldung von den Tarifergebnissen abzukoppeln.

Dauderstädt beglückwünschte die dbb Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz Lilli Lenz Wiederwahl. Der Gewerkschaftstag des dbb Rheinland-pfalz hat sie mit 97 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Die 51-jährige ist angestellt bei der Kreisverwaltung Bad Kreuznach und dort seit 2005 örtliche Personalratsvorsitzende.  
(03/18/14)

## eGovernment-Kongress der dbb akademie – „Verwaltung im Zusammenspiel“

**(dbb) Unter dem Motto „Verwaltung im Zusammenspiel“ stand der 15. Kongress neue Verwaltung der dbb akademie am 6. und 7. Mai 2014 in Leipzig. Willi Russ, Vorsitzender der dbb akademie, Zweiter Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion und Fachvorstand Tarifpolitik, beschrieb in seiner Eröffnung eine moderne vernetzte Verwaltung als dauerhaften Veränderungsprozess, der von allen Beteiligten die Fähigkeit und Bereitschaft zum ständigen Wandel verlange.**

„Behördenübergreifende Zusammenarbeit braucht dabei nicht nur Standards, effiziente Prozesse und vernetzte IT-Lösungen, sondern muss neue Wege hin zu einer Kultur von Teamarbeit und Zusammenspiel finden“, sagte Russ. Dies könne nur mit einer engen Einbindung der Beschäftigten bewerkstelligt werden. Von heute auf morgen ginge ein Wandel in der Verwaltungskultur allerdings nicht. „Wer eine veränderte Arbeitskultur - weg von Zuständigkeitsstrahlen hin zu einer vernetzten und agilen Verwaltung - aktiv vorantreiben will, muss die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden im wahrsten Sinne des Wortes mitnehmen“, ist sich Russ sicher. Verwaltung sei daher gefordert, Bürger und Personal mehr Möglichkeiten des Zusammenspiels anzubieten.

Der dbb akademie-Chef bezeichnete Fortbildung als unverzichtbare Daueraufgabe, die auch nicht Opfer von Sparpolitik werden dürfe. „An dieser Stelle werden mit Sparmaßnahmen Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft verspielt. Alle müssen auf dem Weg in eine neue Arbeitskultur mitgenommen werden.“ Er wünsche sich für die Zukunft ein klares Bekenntnis aller Verantwortlichen zur Notwendigkeit der beruflichen Weiterbildung, so Russ. „Wir erwarten, dass die darin liegenden Chancen nicht nur erkannt, sondern auch genutzt werden.“

Zu dem bundesweit größten eGovernment-Kongress mit angeschlossener Fachausstellung kamen etwa 1.000 Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft und allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung.

(04/18/14)

## dbb zur Rentenreform: Mütterrente für alle Mütter

**(dbb) „Die Mütterrente ist ein Schritt in die richtige Richtung.“ Das sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales zum Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz am 5. Mai 2014 in Berlin. Mit der Verdopplung der anrechenbaren Zeit von einem auf zwei Jahre werde eine deutliche Verbesserung für die Frauen erreicht, die zu Zeiten Kinder erzogen haben, als die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch viel schwerer zu bewerkstelligen war.**

„Allerdings werden für Erziehungszeiten ab 1992 drei Jahre angerechnet. Hier müssen Zeiten vor 1992 voll gleichgestellt werden“, bekräftigte Dauderstädt eine Forderung des dbb. „Es sollten für alle Zeiten der Kindererziehung drei Jahre anerkannt werden.“ Auch die Finanzierung der geplanten Maßnahme stöße bei dem gewerkschaftlichen Dachverband auf Kritik. „Kindererziehung ist eine gesamtgesellschaftlich wertvolle Aufgabe. Deshalb fordert der dbb, die Mütterrente aus Steuer- und nicht aus Beitragsmitteln der Rentenversicherung zu bezahlen.“

Eine „Frage der Gerechtigkeit“ sei es, dass alle Mütter unabhängig von ihrem Beruf von der Neuregelung profitieren. „Der dbb fordert auch für Beamtinnen und Beamte, die vor 1992

Kinder erzogen haben, eine den Regelungen der Rentenversicherung entsprechende Besonderstellung. Kindererziehung muss gleich viel wert sein“, so Dauderstädt.

Mit dem Rentenreformpaket sollen im Wesentlichen die Verbesserungen bei der Kindererziehung von vor 1992 geborenen Kindern (Mütterrente) und der abschlagsfreie Rentenzugang mit 63 nach 45 Beitragsjahren geregelt werden.

Die vollständige Stellungnahme des dbb unter: <http://www.dbb.de/cache/teaserdetail/artikel/dbb-zur-rentenreform-muetterrente-fuer-alle-muetter.html>

(05/18/14)

## Streikverbot für Beamte bestätigt - dbb begrüßt gerichtliche Klarstellung

**(dbb) Der dbb begrüßt die Klarstellung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG), dass für alle Beamtinnen und Beamten unterschiedslos ein generelles Streikverbot gilt. Dies**

**geht aus den jetzt veröffentlichten Entscheidungsgründen des BVerwG zu einem Urteil vom 27. Februar 2014 hervor.**

„In keiner Weise nachvollziehbar sind jedoch die Erwägungen des Gerichts, das Beamtenverhältnis nach Aufgabenbereichen zu teilen und einem, wie auch immer gearteten, nicht-hoheitlich geprägten Bereich einen eigenständigen Status zweiter Klasse zuzuweisen“, erklärte Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb. „Einer solchen Teilung wird der dbb sich mit allem Nachdruck widersetzen. Hierzu und zur Frage, wie Europa- und deutsches Verfassungsrecht zueinander stehen, ist jetzt das Bundesverfassungsgericht gefordert“, so Benra weiter.

Das Bundesverwaltungsgericht habe deutlich gemacht, dass in der „genuin hoheitlichen Verwaltung“ durchgängig Beamte eingesetzt

werden müssen, so Benra weiter. „Anders als das BVerwG hält aber der dbb daran fest, dass auch Lehrer hoheitliche Aufgaben wahrnehmen und daher regelmäßig zu Beamten zu ernennen sind. Der Beamtenstatus ist nicht teilbar; eine Differenzierung nach hoheitlichen und nichthoheitlichen Aufgaben mit abweichenden Beteiligungs- und Verhandlungsrechten lehnen wir ab. Eine solche Mischform entbehrt jeder Legitimation. Auch die Europäische Menschenrechtskonvention kann, bei aller Bedeutung, eine grundlegende Verfassungsinstitution in Deutschland nicht aufheben. Das gilt erst recht, da das Beamtenverhältnis ein in seinen Rechten und Pflichten in sich ausgewogenes Rechtsverhältnis darstellt.“

(06/18/14)

**dbb und Marburger Bund gegen gesetzliche Zwangstarifeinheit - Protest-Performance vor dem Kanzleramt**

**(dbb) Mit einer Protest-Performance vor dem Bundeskanzleramt haben am 1. Mai 2014 Beschäftigte aus rund 40 Fach- und Berufsgewerkschaften gegen eine Einschränkung des Grundrechts der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts demonstriert. Die Teilnehmer der gemeinsamen Aktion von dbb und Marburger Bund forderten die Bundesregierung auf, den Plan einer gesetzlichen Zwangstarifeinheit nicht weiter zu verfolgen.**

Das im Koalitionsvertrag formulierte Vorhaben geht zurück auf eine Forderung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nach einer gesetzlichen Festschreibung des Prinzips „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“. Danach soll nur noch der Tarifvertrag der mitgliederstärksten Gewerkschaft im Betrieb zur Anwendung kommen, alle anderen Gewerkschaften sollen auch vom Streikrecht ausgeschlossen werden. Dagegen setzten sich dbb und Marburger Bund auch am „Tag der Arbeit“ zur Wehr und untermauerten ihre Positionen mit einer Protest-Performance vor dem Bundeskanzleramt, bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, symbolisch mit Großmasken in Szene gesetzt, „Jagd“ auf Vertreter der betroffenen Berufsgruppen machten und diese in Handschellen abführten, darunter angestellte Ärzte, Lehrer, Lokführer, Straßenwärter und Krankenpfleger.

Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, bestritt bei der

Kundgebung jede Notwendigkeit zu einer gesetzlichen Regelung: „Wir sind in Deutschland weit entfernt von Tarifchaos, und es gibt keine streikwütigen Spartengewerkschaften, die – wie die Befürworter der gesetzlichen Zwangstarifeinheit fälschlicherweise behaupten – Wirtschaft und Staatsdienst dauerhaft lahmlegen. Im Gegenteil: In unserer lebendigen und pluralen Gewerkschaftslandschaft gedeiht die Sozialpartnerschaft bislang bestens: moderate Streikraten, konsensgeprägte Ergebnisse.“ Alles andere wäre ein nicht hinnehmbares und rechtswidriges Tarifiediktat, betonte Russ.

„Überall nehmen die Grundwerte Pluralität, Freiheit und Wettbewerb immer größeren Raum ein. Es gibt keinen vernünftigen, geschweige denn rechtmäßigen Grund, ausgerechnet die Arbeitnehmer davon auszunehmen und einer Zwangstarifeinheit zu unterwerfen.“ Der dbb-Vize kündigte an, dass der gewerkschaftliche Dachverband im Falle eines Tarifeinheitsgesetzes vor das Bundesverfassungsgericht ziehen werde.

(07/18/14)

## **Gesetzentwurf zu Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassung vorgelegt – dbb begrüßt zeit- und wirkungsgleiche Übertragung**

**(dbb) Der Bund will durch Gesetz die Dienst- und Versorgungsbezüge für die Beamten, Soldaten, Richter und Versorgungsempfänger des Bundes an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anpassen. Dazu soll der Tarifabschluss vom 1. April 2014 für Beschäftigte des Bundes, die dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) unterfallen, zeit- und inhaltsgleich umgesetzt werden. Das Bundesministerium des Innern hat dazu am 28. April 2014 den Entwurf eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2014/2015 (BBVAnpG) vorgelegt.**

Darin vorgesehen ist die Anhebung der Bezüge zum 1. März 2014 um 2,8 Prozent beziehungsweise mindestens um einen Prozentsatz, der einem Ausgangswert von 90 Euro entspricht, jedoch um 0,2 Prozent vermindert ist, sowie zum 1. März 2015 um 2,2 Prozent. Die beamtenrechtlichen Anwärterbezüge erhöhen sich entsprechend dem Ergebnis der Tarifverhandlungen für Auszubildende zum 1. März 2014 um 40 Euro und zum 1. März 2015 um 20 Euro.

„Der dbb begrüßt die in dem Gesetzentwurf beabsichtigte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich des Bundes ausdrücklich“, erklärte Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb. Er erinnerte zugleich daran, dass der dbb bei der Forderungsfindung und in allen Verhandlungen stets klar gemacht hatte, dass die

Einkommensrunde erst beendet ist, wenn eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten stattgefunden hat. „Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht unserem Anliegen und sieht unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Regelungen entsprechende Anpassungen der Besoldung und Versorgung vor“, so Benra. In einem Spitzengespräch mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 29. April hatten der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt, der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Willi Russ und Hans-Ulrich Benra dem Bundesinnenministerium bereits für die rasche Vorlage des Gesetzentwurfs gedankt.

Das Beteiligungsgespräch zum Gesetzentwurf ist für den 14. Mai vorgesehen, die Befassung durch das Bundeskabinett am 28. Mai 2014. (08/18/14)

## **dbb bundesseniorenvertretung: Bei Rentenreform Schwerbehinderte berücksichtigen**

**(dbb) „Bei der Rente mit 63 muss die besondere Situation der schwerbehinderten Menschen berücksichtigt werden.“ Das hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Wolfgang Speck aus Anlass der öffentlichen Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales zum Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz am 5. Mai 2014 in Berlin gefordert.**

Der abschlagsfreie Rentenzugang mit 63 für besonders langjährig Versicherte mit 45 Versicherungsjahren sei zu begrüßen, auch wenn hiervon letztlich lediglich die Versicherten bis zum Jahrgang 1952 profitieren könnten. Bis zum Jahrgang 1963 steigt das Zugangsalter stufenweise auf 65 an, so dass die Jahrgänge ab 1964 wie jetzt auch schon erst mit 65 abschlagsfrei in Rente werden gehen können, wenn sie 45 Versicherungsjahre vorweisen. Auf dieses Alter steigt für die Jahrgänge ab 1952 stufenweise auch das Zugangsalter für

schwerbehinderte Menschen an, wenn sie 35 Versicherungsjahre haben, so dass ein schwerbehinderter Mensch, der zum Beispiel im Juli 1952 geboren wurde und 35 Versicherungsjahre hat, erst mit 63 Jahren und sechs Monaten abschlagsfrei in Rente gehen kann, also sechs Monate später als ein besonders langjährig Versicherter. „Dies wird den besonderen Belastungen eines schwerbehinderten Menschen nicht gerecht“, kritisierte Speck.

Auch die Mütterrente werde von der dbb bundessenorenvertretung begrüßt, jedoch nur als erster Schritt zum vollständigen Nachteil- ausgleich im Vergleich zur Berücksichtigung der nach 1992 geborenen Kinder. „Außerdem muss die Mütterrente aus Steuermitteln finanziert werden, denn Kindererziehung ist nicht

nur Aufgabe der Beitragszahlenden in die Rentenversicherung, sondern dient der gesamten Gesellschaft.“ Insoweit seien auch Beamtinnen und Beamte, die vor 1992 Kinder erzogen haben, entsprechend besser zu stellen, so Speck. (09/18/14)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Gewerkschaftstag 2014 des dbb rheinland-pfalz bestätigt Lilli Lenz im Amt**

**(dbb) Der Gewerkschaftstag 2014 des dbb rheinland-pfalz hat mit 97 Prozent der Delegiertenstimmen die bisherige Landesvorsitzende Lilli Lenz im Amt bestätigt. Damit setzen die knapp 200 Delegierten wie schon 2009 für weitere fünf Jahre ihr Vertrauen in die von der Kommunalgewerkschaft komba kommende Verwaltungsfachwirtin.**

Die 51-jährige dbb Landeschefin sagte, sie sehe sich durch die Wiederwahl in ihrem klaren Kurs bestätigt, den sie fortführen wolle. Dabei werde es um die Herausforderungen des demografischen Wandels gehen, zum Beispiel bei der geplanten Anhebung der Pensionsaltersgrenze. Thema bleibe auch die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst und hier insbesondere die Nachwuchsgewinnung. Das alles sei schwer mit der stets von der Landesregierung geforderten „Kostenneutralität“ in Einklang zu bringen. Lenz: „Da wird der dbb rheinland-pfalz mit seinen Mitgliedsgewerkschaften, -verbänden und den dort organisierten Einzelmitgliedern weiter energisch gehalten müssen.“

Deutliche Worte gegen Mini-Anpassungen von Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst sowie gegen eine gesetzliche Tarifeinheit fand Lilli Lenz in der öffentlichen Veranstaltung zum Gewerkschaftstag. An die Adresse der Landesregierung sagte sie: „Das bloße Lüften des „5 x 1 %“-Besoldungsdeckels ab 2015 ist uns zu schwammig, denn es fehlen Zahlen. Was nutzt den Beamten eine nebulöse

Perspektive, wenn sie seit Jahren doppelt belastet werden: Erstens abgespeist mit inflationsbereinigten Minusrunden in der Bezahlung und zweitens zur Kasse gebeten als Steuerzahler für prekäre Prestigeprojekte der Regierung? Der Deckel muss weg und zwar konkret.“ Pläne zur gesetzlichen Festlegung einer Tarifeinheit wertete die dbb Landesvorsitzende als Angriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Das könne nicht im Sinne der Politik sein.

Die Ministerpräsidentin sagte, dass primär das strukturelle Haushaltsdefizit mittels verfassungsrechtlicher „Schuldenbremse“ ausgeglichen werden müsse. Dem sei die seinerzeitige Festlegung von „5 x 1%“ geschuldet gewesen. Die aktuell günstige Steuereinnahmesituation biete nun Spielräume. Die Zusage der Landesregierung, dass der Besoldungsdeckel gelüftet werde, stehe. Ohne das ausstehende Tarifergebnis 2015 für den öffentlichen Dienst des Landes sei die definitive Festlegung auf eine Anpassungshöhe allerdings unmöglich. (10/18/14)

### **dbb berlin: Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung nachbessern**

**(dbb) Der dbb berlin hat zum vorgelegten Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin in den Jahren 2014 und 2015 Stellung genommen und Nachbesserungen angemahnt.**

Der Entwurf sieht vor, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten ab 1. August 2014 um 2,5 Prozent und ab 1. August 2015 ebenfalls

um 2,5 Prozent (jeweils 2,7 Prozent abzüglich der anzuwendenden Minderung durch die Zuführung zur Versorgungsrücklage) anzupassen.

Damit solle „eine Wirkung auf das Realeinkommen“ bei den Beamtinnen und Beamten, der Richterinnen und Richter sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Berlin erzielt werden.

Der dbb erkennt an, dass mit der vorgesehenen Anpassung eine geringfügige reale Erhöhung des Einkommens erreicht werden kann, erklärte der Landesbund am 6. Mai 2014. Diese sei jedoch keinesfalls ausreichend, um die langjährigen und massiven Einkommensverluste auch nur annähernd auszugleichen. „Gleichzeitig ist dieser Ansatz auch nicht geeignet, um den öffentlichen Dienst des Landes Berlin bei der Gewinnung von qualifizierten Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeitern konkurrenzfähig auszugestalten oder die bereits eingetretene dauerhafte Abkopplung des Landes vom Besoldungsniveau des Bundes und der übrigen Bundesländer zu verringern“, so der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker. „Im Gegenteil: Die Differenz – vom Senat selbst im Durchschnitt mit 7 Prozent veranschlagt – wächst sogar noch an.“ Insofern sei es für dbb berlin unabdingbar, die Erhöhung so schnell wie möglich – am besten rückwirkend – spätestens aber mit den jetzigen Schritten ab 2015 mindestens auf jährlich 3 beziehungsweise 3,5 Prozent anzuheben.

(11/18/14)

### **dbb m-v: Innenminister muss Wort halten**

**(dbb) „Ich erwarte, dass der Innenminister zu seinem Wort steht und sich gegenüber dem Finanzministerium endlich wirksam durchsetzt und weitere Personalkürzungen bei der Polizei verhindert.“ Das machte der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern Dietmar Knecht am 29. April 2014 noch einmal deutlich.**

„Bisher hat der Juniorpartner der Landesregierung nichts in diese Richtung unternommen. Im Gegenteil: Alle Personalkonzepte, auch die der Polizei, wurden nahezu marionettenhaft von der CDU im Land abgesegnet“, sagte Knecht vor 80 Delegierten des Bundeshauptvorstands der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) in Kühlungsborn. Innenminister Lorenz Caffier hatte zuvor bei der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik 2013

gewarnt: „Zur Durchführung der entsprechenden Kontrollen und der Präventionsprojekte benötigt die Polizei aber auch die Ausstattung und das Personal. Das Vorhandensein der benötigten Personal- und Sachmittel sicherzustellen, ist Aufgabe der gesamten Landespolitik. Und auch deswegen werde ich mich weiterhin sehr deutlich gegen einen weiteren Personalabbau bei der Polizei einsetzen.“

(12/18/14)

### **DSTG-Bundeshauptvorstand stellt Weichen für die Zukunft**

**(dbb) Auf seiner jüngsten Sitzung Ende April im bayerischen Grainau hat der Bundeshauptvorstand der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) über die gewerkschaftspolitische Arbeit der Zukunft beraten.**

Auf ihrer zweitägigen Arbeitstagung diskutierten die Delegierten „eine umfangreiche Themenpalette“, teilte die DSTG mit. Neben Geschäftsberichten über die Arbeit der vergangenen zwei Jahre und internen Angelegenheiten standen vor allem die Zukunftsfragen der Finanzverwaltung auf der Agenda. In einer öffentlichen Veranstaltung referierten der DSTG-Bundeshauptvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler sowie als Gast der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Steuern, Roland Jüptner, zur Zukunft der Steuerverwaltung. Dabei standen Schlagworte wie „E-Taxation“ sowie das „digitale Finanzamt“ im Vorder-

grund. Weitere Themen waren die prekäre Personalsituation sowie die düstere demografische Entwicklung in den Finanzverwaltungen.

Auf der Tagung wurden auch die Weichen für eine verstärkte Arbeit im DSTG-Seniorenbereich gestellt. An die Spitze der künftigen Seniorenarbeit auf Bundesebene wurde einstimmig der Baden-Württemberger Klaus Becht (65) gewählt.

(13/18/14)

## DPOIG zu „Alcolocks“: Wirksame Maßnahme

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) hat sich positiv zu so genannten Alcolocks geäußert. „Alcolocks‘ sind eine wirksame Maßnahme gegen den Missbrauch von Alkohol im Straßenverkehr. Sie müssen aber auf Kosten der Verkehrssünder in die Fahrzeuge eingebaut werden“, sagte DPOIG-Vorsitzender Rainer Wendt der „BILD“-Zeitung (Ausgabe vom 2. Mai 2014).**

"Alcolocks" sind eine Art Losfahrsperrung. Der Fahrer eines Autos kann den Motor nur starten, wenn sein Atem keinen Alkohol enthält. Das Gerät kontrolliert dies mit einem Teströhrchen, in das Fahrer pusten muss.

Wendt sagte weiter, obligatorisch sollten „die Alkohol-Wegfahrsperrungen künftig für alle Schul-

busse und Gefahrguttransporter werden, da hier eine besondere Gefährdung für die Bevölkerung vorliegt“. Er halte die Zündsperrungen mit Atemtester sogar für einen wirksamen Ersatz für den Führerscheinentzug.

(14/18/14)

## Stillstand bei der Rostocker Straßenbahn AG

**(dbb) Bei der Rostocker Straßenbahn AG haben am 30. April 2014 für zwei Stunden erneut alle Züge stillgestanden. „Nach dem mittlerweile siebten Arbeitskampf müsste die RS AG verstanden haben, dass die Lösung nur in einem verbesserten Angebot liegen kann“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky nach dem Streik.**

Die RS AG drohte mit der Kündigung des Subunternehmervertrags mit der DB Regio AG. Die GDL werde trotz alledem nicht zulassen, dass das Unternehmen weiterhin mit Niedriglöhnen unterwegs ist. Weselsky: „Das Zugpersonal muss vernünftig entlohnt werden, egal welche Farbe seine Züge haben.“

Das Tarifniveau bei der RS AG liegt laut GDL 20 Prozent unter dem der Flächentarifverträge für Lokomotivführer und Zugbegleiter. Obwohl

die GDL eine moderate und stufenweise Entgelterhöhung zum Niveau der Flächentarifverträge angeboten hat, unterbreitete die RS AG immer noch kein verbessertes Angebot. Weselsky forderte das Unternehmen erneut auf, schnellstens ein akzeptables Angebot vorzulegen und die Fahrgäste nicht weiter in Mitleidenschaft zu ziehen: „Es liegt einzig an ihm, weitere Arbeitskämpfe zu verhindern.“

(15/18/14)

## Manifest „Schulen brauchen Unterstützung statt Testeritis“ vorgelegt

**(dbb) „VerA ist inklusionsfeindlich. Die Vergleichsarbeiten, die bundesweit in Klasse 3 und 8 geschrieben werden, verschärfen den Leistungsdruck. Sie belasten Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler, ohne dass wir in der Umsetzung der Inklusion einen Schritt weiter kommen. Schulen brauchen Unterstützung – keine Testeritis.“ Das hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) in einem Manifest konstatiert, das er am 5. Mai 2014 gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Grundschulverband (GSV) auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt hat.**

„Gute Schule ist ein Lern- und Lebensort, der Kindern und Jugendlichen eine umfassende Bildung und bestmögliche Entwicklungschancen bieten soll. Deshalb darf die Qualitätssi-

cherung nicht auf eine standardisierte Leistungsmessung verkürzt werden“, heißt es darin weiter. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann kritisierte: „VerA engt den Bildungs- und

Erziehungsauftrag der Schulen unzulässig ein und verdeckt die schulischen Bedingungen vor Ort. Das Messen in zwei Fächern taugt nicht, um ernsthafte Aussagen über die Schulentwicklung zu treffen. Im schlimmsten Falle ignorieren die Testergebnisse die Situation an der Schule und demotivieren das Kollegium.“ Kein VerA-Test habe bisher zu verbesserter Personalausstattung an der Schule, zu mehr Möglichkeiten individueller Förderung für Schüler,

zu gezielten Fortbildungsangeboten für die Kolleginnen und Kollegen geführt.

VerA steht für *Vergleichsarbeiten* in der 3. und 8. Jahrgangsstufe einer Schule. Vergleichsarbeiten sind schriftliche Tests, die flächendeckend und jahrgangsbezogen untersuchen, welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht haben.

(16/18/14)

## Lehrer - Forum MINT gegründet

**(dbb) Maßgebliche Lehrer-Verbände und –Organisationen haben sich am 1. Mai 2014 zu einer Plattform zusammen geschlossen, um sich gemeinsam für eine umfassende Förderung der MINT-Lehrkräfte und Verbesserung des MINT-Unterrichts (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) aller Schulformen einzusetzen und aus der Praxiserfahrung heraus Ansprechpartner für Politik und Wirtschaft zu sein.**

Wie der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), selbst Mitglied des Forums, mitteilte, versteht sich das Lehrer-Forum MINT als Plattform für alle Organisation, deren Mitglieder auch MINT-Lehrkräfte und MINT-Professoren an Schulen und Hochschulen sind und die sich maßgeblich für die Verbesserung der Lehre, des Unterrichts, des Lehramtsstudiums und der Lehreraus- und Weiterbildung im MINT-Bereich einsetzen.

Thematische Schwerpunkte des Forums sind die Vermittlung guter MINT Bildung und MINT-Berufsorientierung, eine Verbesserung und Ausweitung des MINT-Unterrichtes sowie der MINT-Didaktik für MINT-Lehramtskandidaten

an Hochschulen, eine gute Aus- und Weiterbildung von MINT-Lehrkräften, die Werbung um mehr neue MINT-Lehrkräfte aller Schularten sowie eine moderne, angemessene Ausstattung der MINT-Unterrichtsräume und entsprechende MINT-Unterrichtsmaterialien.

Von den Lehrerverbänden unter dem Dach des dbb sind in dem Forum vertreten der Deutsche Philologenverband, der Verband Deutscher Realschullehrer, der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen.

(17/18/14)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Als einen „echten Erfolg“ hat der **dbb** die jüngsten Tariferhöhungen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) bewertet. In einem Info für die Mitglieder der GdS (Gewerkschaft der Sozialversicherung) und der vbba (Vereinigung der Beschäftigten der Berufs- und Arbeitsmarktdienstleister) wird mitgeteilt, dass sich dbb und BA am 29. April 2014 auf die Erhöhung der Entgelte geeinigt haben. Rückwirkend zum 1. März 2014 findet eine Erhöhung der Entgelte um 3 Prozent, mindestens aber um 90 Euro statt. Von dieser sozialen Komponente profitieren alle mit einem Tabellenentgelt von unter 3.000 Euro. Ein weiterer Erhöhungsschritt folgt zum 1. März 2015. Die Entgelte steigen um 2,4 Prozent. Die Laufzeit

des Tarifabschlusses ist bis zum 29. Februar 2016. Auch Auszubildende bekommen in zwei Schritten mehr Entgelt.

Der Ärztmangel im öffentlichen Dienst ist auch in den Hamburger Justizvollzugsanstalten deutlich spürbar. Darauf haben der dbb hamburg und der Landesverband Hamburger Strafvollzugsbediensteter (LVHS) am 5. Mai 2014 in einer gemeinsamen Erklärung aufmerksam gemacht. Die Bediensteten und vor allem die Pflegekräfte in den Gefängnissen seien nicht nur stark belastet, sondern schon jetzt oft überfordert. Durch altersbedingte Abgänge sind drei von elf Ärztstellen in den Hamburger Justizvollzugsanstalten neu zu

besetzen. Ausreichende Bewerbungen liegen nicht vor. „Ausschlaggebend für das mangelnde Interesse ist hier – wie auch in den Hamburger Gesundheitsämtern – die mäßige Bezahlung für Ärzte im öffentlichen Dienst und vor allem die mangelnde Entwicklungsmöglichkeit im Strafvollzug für Ärzte. Es wird vermehrt auf Honorarkräfte zurückgegriffen, die um einiges teurer als festes Personal und nicht ständig vor Ort sind“, erklärte der der dbb Landesvorsitzende **Rudolf Klüver**. „Der Ärztemangel führt zum Ausfall von Sprechtagen, so dass Medikationen oder Therapien nicht unverzüglich eingeleitet oder fortgesetzt werden können. Eine kontinuierliche und adäquate medizinische Versorgung ist anstaltsintern kaum noch gewährleistet. Das Erreichen von Vollzugszielen durch therapeutische Behandlung ist gefährdet.“

Für Thüringer Beamte ist rückwirkend zum 1. Januar 2013 die Staffelung des Urlaubsanspruchs nach dem Alter gänzlich aufgehoben worden. Künftig haben Beamte auf Lebenszeit einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 30 Tagen. Der Thüringer Beamtenbund **tbb** bezeichnete die Änderung der Urlaubsverordnung am 2. Mai 2014 als „längst überfällig und lang erwartet“. Beamte auf Widerruf erhalten Erholungsurlaub für 27 Arbeitstage. Dies gilt nicht für Beamte auf Widerruf, die sich zum 1. Januar 2013 bereits in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befunden haben und zu diesem Zeitpunkt das 30. Lebensjahr bereits vollendet haben. Für diesen Personenkreis gilt weiterhin

ein Erholungsurlaubsanspruch von 29 Tagen. Nachdem bereits Ende 2012 das Thüringer Kabinett eine Übergangsvorschrift für die Jahre 2011 und 2012 in der Urlaubsverordnung geregelt hatte, ist nunmehr auch die Rechtslage für die darauf folgenden Jahre klar. Für Beamte auf Widerruf, die zum 1. Januar 2013 das 40. Lebensjahr vollendet hatten, gibt es Erholungsurlaub von 30 Tagen.

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa) hat eine Initiative zum automatischen Informationsaustausch vereinbart, mit der Steuerhinterziehung unmöglich gemacht werden soll. Mit der Schweiz und Singapur beteiligen sich zwei der größten Steueroasen daran. Das Wichtigste sei der Mentalitätswandel, zitiert die „Süddeutsche Zeitung“ (Ausgabe vom 8. Mai 2014) **Thomas Eigenthaler**, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize, dazu. „Wer jetzt noch un versteuerte Kapitalanlagen in Betracht zieht, muss entweder wirklich hartgesotten sein – oder nicht sehr intelligent.“ Wer jetzt Geld in Steuerschlupflöcher im Pazifik verlagere, habe „auch andere Kriminalität, etwa Drogen oder Waffen“ zu verstecken, ist Eigenthaler überzeugt. Allen anderen riet er, möglichst schnell zum Finanzamt zu gehen, denn schon 2015 könnten die Auflagen für eine strafbefreiende Selbstanzeige deutlich strenger werden.  
(18/18/14)